

USA — Feministische Überlegung nach Harrisburg

Die Katastrophe in Harrisburg, Pennsylvania, gab US-Feministinnen viel zu denken. Für sie waren die Ereignisse des Reaktorunfalls das wichtigste Beispiel dafür, warum gerade Feministinnen an der Atomkraftauseinandersetzung radikal teilnehmen müssen. Frauen sind nämlich die, die wieder am ehesten betroffen sind. Die schwangeren Arbeiterinnen des Three-Mile Island Reaktors wurden erst dann evakuiert, als die radioaktive Strahlung fast tödliche Dosierungen erreicht hatte. Ihr Lohn für die Ausfallzeit wurde ihnen entzogen, weil die Atomindustrie für Unfallschäden nicht haftet. Da die Abtreibungsgesetze verschärft wurden, stellt sich noch die Frage, ob die Frauen auch noch selbst bestimmen können, ob sie ihre Kinder austragen oder nicht. Trotz Versuchen seitens der Industrie und der Regierung, das Ausmaß des Reaktorunfalls zu verniedlichen als „menschliches Versagen“, schienen die meisten Frauen nicht darauf hereinzufallen. Ergebnisse einer New York Times-Umfrage während der Krise bestätigten, daß mehr Frauen als Männer den Sinn und Zweck der Atomtechnologie in Frage stellten. Sämtliche Frauen-Anti-KKW-Gruppen, die sich in den USA nach Harrisburg formierten, schlossen sich der bundesweiten Feminist Anti-Nuclear Taskforce“ (Feministische Anti-KKW Kampfgruppe) an. Die „Taskforce“-Frauen spielten eine entscheidende Rolle in der Organisation des Marsches auf Washington am 6. Mai. Dort demonstrierten hunderttausende Menschen gegen Kernkraft und nahmen an der Riesenkundgebung teil, auf der auch Helen Caldicott eine Rede hielt. Die Forderungen der „Taskforce“-Frauen möchte ich hier erwähnen, weil ich sie auch für unseren Kampf in der BRD für wichtig halte: Null Atom, weder für Energie noch Militär; menschenfreundliche Medien und Technologie; Frauen müssen die Atomindustrie zwingen, für Unfallschäden aufzukommen; Feministinnen müssen den Kampf für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung jedes Geschlechts, jeder Klasse und jeder Rasse anführen; die Abschaffung aller risikoreichen Industrien, ohne Arbeitsplatzverlust der Frauen; Frauen müssen endlich der nuklearen Bedrohung ein Ende machen, deshalb rufen wir alle Frauen in allen Ländern auf, Widerstand in diesem Kampf ums Überleben zu leisten.

Barbara Weber

schen Präsidenten, einen gefangenen Dichter freizulassen, über die zumindestens der Tagesspiegel eine kleine Meldung machte.

Wir nahmen die mißglückte Pressekonferenz zum Anlaß, uns in den hohen, gepolsterten Sesseln auszuruhen und gut gekühlten Saft zu trinken. An diesem Nachmittag ist uns klar geworden, wie groß die Kluft ist und wie machtlos Basispolitik gegen Spitzenpolitik ist. Wenn Jusos, ASF, die Grünen und Einzel-Abgeordnete von der FDP und SPD sich gegen KKW's aussprechen, dann tun sie das ohne Ausführungsgewalt — sozusagen als Privatpersonen.

Unseren Widerstand gegen die verordneten Atomgesetze erklären wir wie die Bäuerinnen von Gorleben und Kalkar „als übergesetzliches Notstandsrecht“, weil wir wie sie der Meinung sind, daß die Kerntechnologie „des Teufels“ ist; und wir halten sie mit Erhard Eppler, dem Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg, für „prinzipiell nicht beherrschbar, eine Katastrophe irgendwann deshalb für unvermeidlich“.

Eine Entscheidung von solcher Tragweite können wir nicht unter Fraktionszwang stehenden Politikern überlas-

sen, die zudem unter Bedingungen leben und arbeiten, die denen der Hochsicherheitstrakts immer mehr ähneln. Oder sollen diese Sicherheitsburgen bundesdeutsche Wirklichkeit werden, wenn in den acht Bundesländern, in denen KKW's betrieben werden, demnächst Zwischenlager errichtet werden sollen bis zur „endgültigen“ Entsorgung, wie es H. Schmidt kürzlich in der energiepolitischen Debatte im Bundestag forderte?

Seit Harrisburg bedeutet die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie auch atomare Vernichtung, Hiroshima. Ob Nuklearwaffen, Neutronenbombe oder größtmöglicher Atomunfall (GAU) — die Auswirkungen dieser Katastrophen spielen sich nicht im Buddelkasten ab und sind nicht auf Papp- und Zinnsoldaten gerichtet.

Die Wehrpflicht wird heute als Emanzipationsangebot und als Öffnung eines männlichen Machtbereichs für Frauen propagiert. Zum Glück sind es nur 15 % der Frauen (darunter Alice Schwarzer), die mit dem Militärdienst für Frauen einverstanden sind. Die Mehrheit der Frauen ist gegen den Dienst an der Waffe. Dafür gibt es sicher die unterschied-

lichsten Gründe, doch halten wir es mit den vorhandenen Erfahrungen von Frauen in der Armee (siehe Israel und USA): auch dort müssen Frauen gehorchen und machen die Drecksarbeit. Das sind nicht gerade die Tugenden, die gesellschaftlichen Einfluß ausmachen.

Programm gegen Atom und Krieg

Auf dem Hintergrund, daß weder eine Gesetzesänderung noch ein Volksentscheid zur Atompolitik im Bundestag zur Zeit möglich sind, stellt sich unser Antiatom-Kongreß die Aufgabe, allen Atomkraftgegnerinnen Gehör zu verschaffen, mit dem Ziel, zunächst eine Volksbefragung auf Bundesebene durchzuführen. Drei Themen wurden als Einleitungsreferate vorgeschlagen, zu denen einige Referentinnen bereits zugesagt haben:

1. Über die Gefährlichkeit radioaktiver Stoffe wird Helen Caldicott, eine Kinderärztin aus Australien, sprechen, die seit Jahren in der Antiatom-Bewegung engagiert ist und sich mit der Atomtechnik unter medizinischen und politischen Aspekten auseinandersetzt. Über ihre Zusage haben wir uns sehr gefreut, weil es auch ein Glückszufall war, daß sie sich zu der Zeit gerade auf einer Reise in die Sowjetunion befindet und wir ihr so nicht einmal den Flug von Boston bezahlen müssen.

2. Petra Kelly (Europa-Kandidatin der Grünen) hat sich bereiterklärt, über das Thema „Wie geht es volkswirtschaftlich weiter ohne Kernenergie?“ einen Überblick zu geben.

3. Zu „Frauen und Wehrpflicht“ haben wir Eva-Maria Bannach-Epple gebeten, ein Einführungsreferat zu halten.

Eva-Maria Bannach-Epple ist Sozialwissenschaftlerin, beschäftigt sich seit langem mit der Problematik des Zivildienstes für Frauen und ist engagierte Antimilitaristin.

Darüber hinaus sind für den Nachmittag weitere Arbeitsgruppen zu speziellen Themen angekündigt. In kleinerem Kreis sollen wir die Möglichkeit haben, genauere Fragestellungen und Argumente herauszuarbeiten, die dann am Sonntag auf dem Plenum dargestellt werden können.

Bisher gibt es folgende Vorschläge:

1. Parlamentarische Möglichkeiten mit Helga Schuchardt
2. Gründung einer feministischen Partei mit Eva Rath, die vor kurzem aus der ASF ausgetreten ist und eine Frauenpartei gründen möchte.
3. Überblick über die Anti-AKW-Bewegung in der BRD (BBU)
4. Über das Verhältnis von Technik-Faszination und reale Einschätzung der Gefährlichkeit qualitativ neuer Technik wie der atomaren Energietechnologie.